

### Wirtschaft Der Arbeitsmarkt

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt in der zweiten Märzhälfte einen Rückgang um 305.000 gleich 2,2 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. 3. bis 1. 4. 1927 von 1.222.000 auf 946.000 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen von 214.000 auf 188.000, die Gesamtzahl von 1.436.000 auf 1.134.000. Die Zahl der Zuschussempfänger hat sich von 1.664.000 auf 1.297.000 verringert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat März beträgt 535.000 (1.696.000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. 3. 1927 gegenüber 1.161.000 am 1. 4. 1927). Ueber die Krisenfurze liegt eine neue Zahl nicht vor, da diese nur in der Mitte jedes Monats festgestellt wird.

#### Deutschlands Rohisenenerzeugung im März 1927.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veröffentlicht in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ die Ergebnisse seiner Erhebungen über die Gewinnung von Rohisen im März 1927. Zusammengezogen ergeben sich vergleichsweise folgende Ziffern in t:

März 1926	Februar 1927	März 1927
716.654	968.774	1.085.859

Die Rohisenenerzeugung März 1927 überstieg mit 1.085.859 Tonnen die des Februar um 117.085 Tonnen, sie ist die höchste Monatsleistung seit Kriegsende. Die arbeitsmäßige Leistung betrug im März 1927 38.028 Tonnen, aber 429 Tonnen mehr als im Februar. Von 196 vorhandenen Hochöfen (im Vormonat 203) waren 111 in Betrieb (112) und 15 (16) gedampft. Die Rekordleistung wurde also erreicht mit weniger Hochöfen und weniger Arbeitskräften als früher.

#### Produktionsrückgang in Oesterreich.

Der kleine österreichische Zwitterstaat kann nicht leben und nicht sterben. Die Krise schreitet gradlinig fort. Die Arbeitslosigkeit steigt, Inlandsverbrauch und Ausfuhr sinken. Die Eisenindustrie, auch die Basis der österreichischen Wirtschaft, ist dauernd rückläufig. Die Hüttenwerke erzeugten in t:

	Rohisen	Rohstahl	Fertigstahl
1926	461.000	336.000	336.000
1925	380.000	674.000	352.000

Die polnische Hüttenindustrie, die vom Staate reichlich unterstützt wird, macht der österreichischen Industrie in einem Lande Konkurrenz. Den Gewinn, den die deutsche Industrie hatte, wurde also wieder wettgemacht durch den österreichischen Verlust und den Englands, welches auch heute noch steigende Einfuhr und sinkende Ausfuhr hat, wie die nachfolgende Anstellung zeigt.

#### Verschlechterung des englischen Außenhandels im März.

Die englische Einfuhr hatte im März einen Wert von 113.524.377 Pfund Sterling. Dies bedeutet im Vergleich zum März des Vorjahres eine Importsteigerung um 6.655.161 Pfund Sterling. Die Ausfuhr hatte dem Werte nach eine Höhe von 62.114.146 Pfund Sterling, was gegenüber dem März 1926 einen Rückgang um 4.285.501 Pfund Sterling ausmacht.

#### Die Arbeitslosen in England.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 4. März auf 1.073.800, was eine Verminderung um 7929 gegenüber der Vorwoche und eine Vermehrung um 24.012 gegenüber der gleichen Woche des Vorjahres darstellt.

#### Rationalisierung in Rußland.

Die Produktion der Leningrader Industrie soll, wie die I. und H. vom 5. April aus russischer Quelle erfährt, nach einer kürzlich gehaltenen Rede Kollinskis im laufenden Wirtschaftsjahre auf 84 Millionen Verbräuchererzeugnisse gebracht werden, was dem Vorjahre gegenüber eine Steigerung um 32 Prozent bedeuten würde. Um diese Leistungssteigerung zu erreichen, soll das Kapital um 100 Millionen Rubel erhöht werden, die Arbeiterzahl um 11 Prozent, die Löhne um 9 Prozent und die Arbeitsleistung des Einzelarbeiters um 17,5 Prozent. Das Rationalisierungsprinzip der russischen Regierung heißt also Verschärfung der Ausbeutung und relativer Lohnabbau.

#### Produktionsbeschränkung in der russischen Industrie.

Die russische Wirklichkeit sieht gewöhnlich anders aus als die Theorie. Die Borsteinindustrie der UdSSR hat mit einer anhaltenden Krise zu kämpfen. In der letzten Zeit haben sich die Schwierigkeiten so verschärft, daß eine Stilllegung von 13 Betrieben mit etwa 2000 Arbeitern erwogen wird. Auch für die Handindustrie werden erhebliche Stilllegungen erwogen. Der für die ersten vier Monate des Wirtschaftsjahres 1926/27 anfanglich aufgestellte Handfaßkaplan im Ausmaße von 8675 tons wurde infolge des Minderanbots auf 5270 tons herabgesetzt. Davon konnten in den verflissenen vier Monaten aber nur 278 tons geliefert werden. Die Ursache der mangelhaften Belieferung liegt in der Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft. Der Ernteertrag an Flachsfasern betrug im Jahre 1926 in Rußland nur 15,2 Pfd pro Dessiatine (gegen 23,3 Pfd in der Vorkriegszeit) gegen 42,5 Pfd in Oesterreich, 51 Pfd in Frankreich und 52 Pfd in Belgien. Der Rübenantrag pro Dessiatine betrug 1926 667 Berkowetz gegen 87,4 Berkowetz in der Vorkriegszeit und gegen 130 Berkowetz in Deutschland. Rationalisierungsmöglichkeiten gibt es also in Rußland noch zur Genüge auf Kosten der proletarischen Arbeitskraft.

### Die Krise der amerikanischen Automobilindustrie

Unter besonderer Berücksichtigung Fords.

Wir haben schon in zwei Abhandlungen (Nr. 12 und 13/14 des „Kampfruf“) die Abhängigkeit der Gesamtwirtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika von ihrer Automobilindustrie angedeutet. In der Entwicklung der Automobilindustrie der USA. wieder spielt Ford eine derartig dominierende Rolle, daß beide lange Zeit identifiziert werden können. Wenn man bedenkt, daß hinter Fordschen Konkurrenzunternehmen, insbesondere hinter der General Motors Corporation Milliardenkapitale, welcheberschende Stahltrusts stehen, dann wird man begreifen, daß das Fordsche Familienunternehmen in der Weltwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Und dieser Fordsche Familien-Verkauf-Trust ist ins Wanken geraten. Im Jahre 1925 noch hatte Ford einen Anteil an der amerikanischen Gesamtautomobilproduktion von fast zwei Dritteln, der am Jahresende 1926 auf weniger als ein Drittel sank. In den einzang erwachten Abhandlungen haben wir schon statistisch aufgezeigt, daß die Fordsche Konkurrenz den Gesamtproduktionsverlust nicht wettgemacht hat, daß die Produktion vielmehr um die Jahreswende eine stark rückläufige Tendenz aufweist, die die gesamte nordamerikanische Wirtschaft beeinflusst und weiter ungenügend beeinflussen muß.

Die nordamerikanische Automobilindustrie war einige Jahre vor dem Kriege noch ohne jede Bedeutung im Gesamtwirtschaftskomplex. Heute nimmt sie als fortgeschrittenen Produktionszweig mit mehr als 3 Milliarden Produktionswert, 35 Millionen Arbeitern und (1926) 45 Millionen Stück Jahresproduktion den

ersten Platz ein. In den USA. laufen 23 Millionen Automobile, was auf je fünf Einwohner in Kalifornien sogar auf je drei Einwohner) oder rund auf jede Familie eins ausmacht. Da die meisten Arbeiter trotz aller gewerkschaftlicher Märzenerzähler kein Auto haben, Bourgeoisfamilien deren aber mehrere, Löhne und Konsum rückläufige Tendenz haben und (aus Konkurrenzrücksichten) um die Lebensdauerverlängerung der Autos große Anstrengungen gemacht werden, ist es nicht schwer voranzusehen, daß die Automobilindustrie der USA. schon auf ihre natürlichen Schranken gestoßen ist.

Der Kampf, der zwischen Ford und der Motors Corporation entbrannt ist, ist dem auch ebenso auf den Export nach dem übrigen Weltmarkt zugeschnitten als auf den einheimischen Markt. Während die bis vor kurzem noch ziemlich zersplitterte Fordsche Konkurrenzindustrie ihr Augenmerk auf die Anfuhr der fertigen Produkte richtete, ging Ford auf die Auslandsproduktion über. Ford besitzt rund 25 Werke in allen Weltteilen. Infolge der Ausnützung billiger ausländischer Arbeitskräfte konnte er die Wagenpreise um fast 30 Prozent senken, welchem Beginn die Konkurrenz immer folgen mußte, da durch aber in der Entwicklung gehemmt wurde. Fords Produktion betrug im Jahre 1914 265.000 Wagen, am auf 2.200.000 Stück im Jahre 1923 zu steigen. (Seit 1923 beginnt Ford langsam abzufallen.) Die Zeit von der Ankunft von Kohle und Erz bis zur Fertigstellung des fahrbaren Wagens sank von 14 Tagen auf 2 1/2 Tage. Im Jahre 1910 entfielen anteilmäßig auf einen Arbeiter im Jahre 3 Autos gegenüberlich mehr als 20. Die Löhne sind in dieser Zeit aber höchstens um 10 Prozent gestiegen. Die Arbeitsleistung pro Arbeiter (ohne Berücksichtigung der durch die Technisierung gesteigerten Produktivität) stieg von 1914 bis 1926 auf das Dreifache. Auch dieser Faktor ist auf seine natürliche Schranke gestoßen. Der Konkurrenzkampf muß sich immer mehr auf den Absatzmarkt verlagern, was bestimmt nicht konkurrenzstärkend wirkt.

Die Produktionsverbilligung und die enorme Produktionssteigerung Fords ist neben der Steigerung der persönlichen Leistung der Arbeiter auf seine vorzügliche Produktionsorganisation und Technisierung zurückzuführen. Die Fordschen Unternehmen in Detroit sind vertikal (nach dem „Stinnes-System“) aufgebaut: Kohle, Holzeisen usw. sind mehr als bisher auf eigenen Wagen, einschleichen eigener Transportmittel (Schiffe, Eisenbahnen) und eigener Absatzorganisation. Die Betriebsorganisation hat den denkbar höchsten Stand der Standardisierung, Normierung und Typisierung erreicht. Das Laufband ist die Peitsche, die jeden nicht völlig gesunden und elastischen Arbeiter zum alten Eisen jagt. Daß auch Technik und Inventionen auf ihre natürlichen Schranken gestoßen sind, beweisen die rückwärtige Tendenz der Ford-Produktion. Wären sie noch steigerungsfähig, es fehlt der Absatz. Das Nachkommen der Konkurrenz auf den Stand der Fordschen Höhe, trotz sehr hohen Arbeiterlöhnen, wird sich schon seit Jahren (bei seinen Arbeitern) angeboten wird, sind sich schon Andeutungen dafür, daß weder die Bäume Fords, noch die seiner Konkurrenz, noch die des Kapitalismus in den Himmel wachsen können.

Natürlich kann noch nicht von einem Zusammenbruch Fords geredet werden, ebensowenig als von einer Krise der amerikanischen Automobilindustrie oder der Weltkapitalismus. In dem Interesse des Kapitals Reden sprechen muß. Es soll aber auch vorkommen, daß sozialdemokratische Handlungen der Republik in ihrem Ueberliefer selbst einmal von den Gesetzen eine schallende Ohrfeige erhalten.

Der Betriebsrat Lohse hatte im vorigen Sommer die beim Bau des Kühlhauses Neudamm (Elbe) beschäftigten Zimmerer veranlaßt, ihre Papiere zu fordern, um durch diesen Druck die Pflanzung der nicht im Zentralverband der Zimmerer organisierten Leuthold und Schulz zu erreichen. Dafür hat ihn das Landesgericht Hamburg durch Urteil vom 16. Februar 1927 zur Erstattung des den Klägern erwachsenen Lohnausfalls in voller Höhe von je 273,40 Mk. nebst Zinsen verurteilt, da er, wie das Urteil in den Urteilsgründen ausführlich, durch seine Handlungen die ihm als Betriebskomitee gemäß § 92 und 606 des Betriebsratsgesetzes anvertraute Aufgabe, die in Art. 159 der Reichsverfassung jedermann verbriefte Vereinigungsfreiheit der Klägern, seinen Arbeitskollegen, zu wahren, aus allerschwerster Verletzung. Die Schadensersatzpflicht des Betriebsrats L. ist damit ebensowohl aus § 823 II, wie aus § 826 BGB. begründet.

Die antigerichtswidrig organisierten Arbeiter werden gut tun, den Gewerkschaftsterroristen überall dies Urteil unter die Nase zu halten, damit sie Angst vor der eigenen Courage kriegen.

#### Düsseldorf

##### Diskussion im Betrieb.

Im Verlauf einer Diskussion, welche ein BO-Genosse mit einem Arbeiter der Mannesmann-Werke hatte, gab derselbe zu, Sympathisierender der KPD, zu sein. Der BO-Genosse zitierte, um seinen Ausführungen mehr Nachdruck zu verleihen, ein Zitat von Karl Marx. Der Arbeiter antwortete aber er wolle sah, daß der Genosse Recht habe, dieses aber aus Borniertheit nicht verstehen wollte, indem er sagte: „Karl Marx hat sich nicht um die Arbeiter gekümmert.“

Der Schlarhan der revolutionären Bewegung, der KPD-Betriebs-Omann Hayn, bekannt aus dem Verrat eines BO-Genossen an die Direktion (siehe Kampfruf Nr. 40 voriges Jahr) ist zur SPD. übergetreten. Das gesellschaftliche Sein hat das Bewußtsein dieses Gesinnungs lampen bestimmt.

Der BO-Genosse kommt im Verlauf seiner Propaganda von Mund zu Mund auch mit einem Handwerker ins Gespräch. Nach einer grundsätzlichen Debatte über die Grundlage des organisatorischen Zusammenschlusses des Proletariats als Klasse, wobei selbstverständlich auch die Beratungsorganisation, die Gewerkschaften einer eingehenden Kritik unterzogen wurden, kommt der betreffende Kollege (von Beruf Maurer) zu der von Geist und „Ueberzeugung“ strotzenden Bemerkung: „Unsere Bonzen sind Lumpen und Lare sind genau das.“

An Hand dessen wies ihm der BO-Genosse nach, daß sich auf Grund des Aufbaues der AAU, nach dem Rätegedanken keine Bonzokratie, deren gesellschaftliches Sein ihr Bewußtsein bestimmt zur zwangsläufig daraus folgenden Niederknüpfung der Arbeiterklasse breit machen kann. Trotz weiterer schlagender Beweise beharrte dieser Kollege auf seinen Irrsinn. Nach dem Ausscheiden des betreffenden Mitglieds der Gewerkschaften ist. Ziel ist selbst, trotz sehr Erkenntnis, ein ganzes Heer von „Lumpen“ groß.

Genossen, keine Propaganda ist besser und lehrreicher, als von Mund zu Mund im Betrieb. Hier lernt man die Schwächen und Halbhheiten der Arbeiter kennen und kann auf Grund dessen auch gleich die Hebel zur Beseitigung derselben am richtigen Platz ansetzen. Darum arbeitet unermüdet noch die Fraktion unserer Tätigkeit gegen-über es kommt der Tag, wo uns die Früchte unserer Arbeit reichlich in den Schoß fallen werden.

#### Achtung, Reichslage!

Auf Beschluß der Reichskonferenz wird in der 18. und 21. Woche eine Umfänge von je 50 Pfennig erhoben. Die über den üblichen Bezug hinausgehenden Exemplare der Nr. 16 des „Kampfruf“, sind zur Propaganda bestimmt.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N. Druck: Druckerei L. Arbeiterliteratur, W. Iszdandt, Berlin O 17.

# Der Kampfruf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 17

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Mittag 1927

### „Acht Stunden genug geschunden“

Der diesjährige 1. Mai bietet den reformistischen Instanzpolitikern ein ausgezeichnetes Gelegenheits-, um besonders „wunderbar“ und „imposanter“ „Ma-Feiern“ zu veranstalten. Es werden so ziemlich „alle Räder still stehen“, — nicht, weil der „starke Arm“ es so will, sondern weil eben der 1. Mai diesmal wiewo es gesetzlicher Ruhetag ist. Die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Bonzen, die im kapitalistischen Alltag die staatsbürgerliche Bräuterei selbst sind, gebärden sich denn auch am kommenden Sonntag fürchtbar radikal: sie rufen zu „Massendemonstrationen“ auf. Was alle ärmenden „der ADGB, „KPD“ und „KPD“, nicht erreichen, das bringt ein rassistischer Kalender tag fertig: die Amsterdamer Gewerkschaftsführer gehen auf die Straße, um sich dem Proletariat als „bewährte Klassenkämpfer“ anzupreisen. Es wird ein überbetäubendes Säbelgerassel der Gewerkschaftsböden an diesem 1. Mai geben, und nach der Profession selbstverständnis die traditionellen Kaffeebrühen und Tanzveranstaltungen. Doch der Jubel und Trübel reformistischer Mafieien kann dem Donner der Geschichte an die Proletariermassen überschallen. — Der 1. Mai 1927 fällt in eine Situation, die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Festprogramme und das leninistische Elnheitsfronttheater grausam-rüchlich verhöhnt. Der kapitalistische „Wiederaufbau“, der von den reformistischen Berufsführern als Weg zum Sozialismus gepredigt wurde, hat Formen angenommen, die der Arbeiterklasse das Leben zur Hölle machen. Trotz formaler Demokratie diktiert die kleine Klasse der Kapitalisten unumschränkt als je zuvor, ist das Proletariat in seiner Existenz fast auf die Stufe der chinesischen Kulis herabgedrückt. Ein Millionenheer von Arbeitern ist aus den Betrieben hinausgerationalisiert, Hunderttausende sind die Fabriktore für immer verschlossen. Die durchschnittliche Erwerbslosigkeit sinkt selbst in Saisonzeiten nur um bescheidene Prozente; es gibt infolge der verengerten kapitalistischen Absatzbasis keine Konjunkturen im Vorkriegsmaßstabe mehr, welche die industrielle Reservearmee in den Produktionsprozeß ziehen könnte. Nicht die „schlechte“, Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie, sondern das an die historischen Schranken seiner Entwicklung gestaute System des Kapitalismus ist zur Brutstätte der Dauererwerbslosigkeit geworden und muß aus seiner Selbsterhaltung willen Legionen überflüssiger Lohnsklaven dem Verhungern preisgeben. Der kapitalistische Krisensturm, der Millionen Proletariat ins Elend der Erwerbslosigkeit peitscht, zerstört erbarmungslos alle reformistischen Illusionen und raft geberhtsch die Arbeitermassen zur Organisation des revolutionären Machtkampfes für den gewaltsamen Sturz der verrotteten bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Gemessen an dem letzten Grad der Ausbeutung, lastet der soziale Druck heute fast ebenso stark auf die betriebsständigen Proletarier wie auf die Erwerbslosen. Die kapitalistische Rationalisierung, die von den Gewerkschaften durch eine wirtschaftsfriedliche Politik bewußt an der Wurzel gesteckt wurde, hat den modernen Großbetrieb in eine ständige rücksichtslosester „Menschenscheinderei“ verwandelt. Das laufende Band, das die Serienfabrikation erst auf die technisch höhere Stufe des ständigen Fließens stellt, holt aus dem Arbeiter das Letzte heraus, was er an Leistungsfähigkeit besitzt. Wer mit dem wahnsinnigen Tempo nicht Schritt halten kann, wird auf dem Stempelmarkt gegen einen weniger verbrauchten Lohnsklaven ausgetauscht. Wo die Amerikanisierung des Proletariat noch nicht zum völlig seillosen Werkzeug der modernsten Ausbeutungsmaschinerie stampelt, ist das kapitalistische Joch in anderer Form gleich schwer. Schwere körperliche Arbeit, tariflich festgesetzte Überstunden und ein Hungerlohn ist die andere Seite der Rationalisierung. Die Schlichtungsorgane des kapitalistischen Staates diktiert Zehn-, Zwölf- und Vierelzstundensichten und finden ein Proletariat, das die Schläge der Ausbeuter dennoch planmäßig parieren kann. Die Gewerkschaften stehen der Kapitaloffensive ohnmächtig gegenüber, sie sind die Geheugen ihrer eigenen Politik. Sie sind in ihrer Existenz mit dem kapitalistischen „Wiederaufbau“ am engste verbunden und können deshalb keinen Schritt unternehmen, der über die Grenze der formaler Demokratie hinausgeht. Die Arbeiter-„Klassenkampforganisationen“ leben und sterben mit dem Kapitalismus, sie können nur noch „kämpfen“ für ihre durch das neue Arbeitszeitgesetz bedrohte Rolle als staatlich zugelassene Seelenverkäufer. Aber die Arbeiterklasse muß den Kampf um ihr Leben, um ihre eigene Zukunft aufnehmen! Die Proletarier der Betriebe müssen sich zum Widerstand sam-

mel, um die Hungeroffensive zum Stehen zu bringen und darüber hinaus zum Angriff auf ihre Ausbeuter übergehen zu können. Der Kampf gegen die Schlichtungsdictatur ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft, ist der Mutterboden für revolutionäre Massenaktionen gegen die kapitalistische Gesellschaft. Immer unauweichtlicher wird das Proletariat vor die Aufgabe gestellt, im konsequenten Bruch mit der bankrotten Gewerkschaftspolitik und auf der Grundlage revolutionärer Betriebsorganisations den Kampf gegen die Kapitalistenklasse auf breiter Front zu organisieren.

Der erste Mai 1927 steht im Zeichen des Aufmarschs der konterrevolutionären Stolltruppen. Der Stahlhelmtag am 8. Mai in Berlin zeigt dem Proletariat drastisch, daß die bürgerliche Demokratie ein ausgesprochenes Treibhaus für die faschistische Supplimentation ist. Die Kapitalistenklasse ist durch die achtjährige Koalitionspolitik der KPD, staatspolitisch so klein verlor, daß der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident kein Verbot der Hakenkreuzparade riskieren kann. Die formale Demokratie selbst ist es, welche die reformistischen Führer mit beifühendem Hohn schmachhaft setzt. Nicht nur das, es ist auch eine Illusion, den Faschismus auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie schlagen zu wollen. Die Gewerkschaftsführer wissen dies sehr wohl: sie können noch nicht mal zu einem eintägigen Proteststreik gegen das Stahlhelmtreffen

Sanktion der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Instanzen gleich Polizeigewalt gegen die tarifbrüchigen Belegschaften aufgeben. Die Gewerkschaften sind also nicht nur aktionsunfähig, ihre Passivität verwandelt sich im Ernstfalle auch in aktive Unterstützung der Kapitaloffensive.

In dieser Situation eines unverfüllten Gewerkschaftsbankrotts erscheint nun die KPD, auf dem Plane, um mit der Lösung „Acht Stunden — genug geschunden“ die von den Gewerkschaftsböden ihrem Schicksal überlassenen Arbeitermassen ebenfalls — irreführen. Dem keine andere Auswirkung kann diese KPD-Parole haben als das Proletariat vom Regen in die Traufe zu treiben. Die KPD, verlangt nämlich, daß dieselben Gewerkschaften, die öffentlich ihre Ohnmacht erklären, Kämpfe organisieren sollen. Sie erweckt somit in der Arbeiterschaft aus neue die vererbliche Illusion, daß allein nur die gegenwärtige Führung des ADGB, schuld an seinem Versagen ist. Sie verschweigt den Proletariaten, daß die Gewerkschaftsführer nicht aus purer Willkür die Arbeiter im Stich lassen, sondern weil diese konterrevolutionäre Politik der Amsterdamer Verbände diktiert wird von ihrer gesellschaftlichen Rolle in der bürgerlichen „Ordnung“. Als eine Stütze der kapitalistischen Demokratie sind die Gewerkschaften eben keine Organe des proletarischen Klassenkampfes mehr und deshalb werden die ADGB-Führer immer jedes Vorgehen der Arbeitermassen, das Tarifbruch bedeutet und über den Rahmen von Lohnbewegungen hinausgeht, als „wilden Streik“ ablehnen. Die KPD, weiß dies alles, weshalb ihr Ruf nach Einleitung von Massenaktionen durch die Gewerkschaftsinstanzen praktisch nur die Sanktionierung der Wehrlosmachung des Proletariats durch die Amsterdamer Konterrevolution ist. Die „Rote Fahne“ hat am 6. Februar 1926 ausdrücklich erklärt: „Wir wollen keine wilden Streiks“ — d. h. die KPD, ist für die gewerkschaftliche Zermürbungsstrategie, für die Verewigung des Amsterdamer Klassenverrats an der Arbeiterschaft.

Das Proletariat muß um seines Lebens willen den Kampf gegen die Schlichtungsdictatur, gegen die kapitalistische Klassenangewand auf wirtschaftlichen Gebiete, aufnehmen. Und dieser Kampf muß als „wilder“ Streik beginnen und ist deshalb nur möglich gegen den Willen der Gewerkschaftsinstanzen. Die elementarsten Vorbedingungen dieser notwendigen Aktionen gegen die Kapitaloffensive sind, daß die Arbeitermassen ihre Kämpfe unter die Leitung eigener Klassenorgane stellen und zum Angriff auf die kapitalistische Gesellschaft vorstoßen. Dafür gilt es zu rüsten, dazu ruf die AAU, das Proletariat auf. Organisation von proletarischen Massenaktionen gegen die Schlichtungsdictatur ist das Gebot der Stunde.

„Helft euch selbst.“ Dieser weisen Rat des ADGB, bedeutet in der Praxis, daß die Proletarier mit ihren gewerkschaftlichen Riesenorganisationen nichts anfangen können, daß die Gewerkschaften auch nur als Organe des Widerstandes gegen den Unternehmerrfeldzug vollkommen ausschalten. Doch damit nicht genug. Wo Arbeiter die Selbsthilfe-Parole des ADGB, befolgen, stehen sie sofort der geschlossenen Front der Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokratie gegenüber. Als nämlich vor kurzem die Bergarbeiter mehrerer Ruhrbezirke gegen das Mehrarbeitszeitkommando rebellierten und die Ausfuhr nach sieben Stunden verlangten, wurde mit der stillen

aufrufen, weil eben schon diese unzählige politische Aktion ein feindseliger Akt gegen die Weimarer Verfassung ist. Die geplante Gegen demonstration der KPD, liegt ebensowenig auf der Linie proletarischer Klassenpolitik, denn sie beruht nicht auf dem augenblicklichen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie und ist deshalb nur geeignet, die Energien des Proletariats in einem aussichtslosen und operierichen Guerillakrieg zu verpuffen. Der Kampf gegen die faschistischen Terrorbanden ist nun mal nicht die Frage des Vergringens einer aufgelauener Hakenkreuzträger, sondern eine Frage des politischen Machtkampfes, d. h. die Arbeiterschaft wird den Faschismus nur dann vernichten auf Haupt schlagen können, wenn sie die faschistischen Kapitalistenrepublik und deren auf der Linie proletarischer Klassenpolitik, denn sie beruht nicht auf der Linie proletarischer Klassenpolitik, denn sie beruht nicht auf dem Zwingburg des Kapitalismus die Fahne des Kommunismus aufpflanzt. Der Stahlhelmtag gerade macht das Proletariat eindringlich daran, endlich den Irrweg der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Politik zu verlassen und den Weg des revolutionären Kampfes zu beschreiten.

Die Arbeitermassen können nicht um die Aufgabe herum, der kapitalistischen Gesellschaft endlich mit revolutionären Waffen zuleibe zu gehen. — wenn sie am Mittag 1927 auch noch unter den reformistischen Parolen der sozialdemokratischen Einheitsfront aufmarschieren. Die Bourgeoisie



# Der Kampf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Sahrgang 8, Nr. 18

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

### Die Stahlhelm-Parade

Am 8. Mai läßt die Bourgeoisie ihre faschistischen Lieb-lingen in Berlin einen „Reichsfrontsoldatenparade“ abhalten. Im Lustgarten, wo am 1. Mai ein Meer von roten Fahnen wogte, wird am kommenden Sonntag schwarzweißrot Trumpf sein.

Dem gesamten Proletariat wird auf diese Weise klar demonstriert, daß faktisch gar kein Unterschied zwischen Republik und Monarchie besteht. Die formale Demokratie ist gerade der günstigste Boden, auf dem die faschistische Supplanzlinie aufzufließen kann. Die Demokratie von Kapitalisten (Gnaden gestatten den Hakenkreuzbanden den öffentlichen Aufmarsch ebenso, wie sie ihn den Arbeitermassen am 1. Mai erlaubt hat). Die Stahlhelmprovokation ist somit wirklich nichts anderes, als der Ausdruck der Ohnmacht des Proletariats in der kapitalistischen Demokratie. Die Bourgeoisie herrscht in der Republik, sie bestimmt die Grenzen der Demokratie, und sie gewährt das „Recht auf die Straße“ den Reichshannegardern, den roten Frontkämpfern und natürlich auch den Faschistenbanden.

Ueber diese Praxis der bürgerlichen Demokratie ein Witzeknecht anzustellen, ist sinnlos, so provokatorisch diese demokratische Loyalität auch für das Proletariat sein mag. Wichtiger, weil notwendiger, ist für die Arbeiter, mit kühlem Kopf die vorhandene Sachlage zu prüfen und vor allem sich selbst die Frage zu beantworten: Wer sind die Wegbereiter des Stahlhelmsaufmarsches?

Die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse und ihre Staatsorgane, — werden die Proletariat einstimmig antworten. Das eine Zweifel richtig. Die kapitalistischen Regierungs-männer selbstverständlich sind es ja, die den faschistischen Horden die Erlaubnis zum Massenaufmarsch gegeben haben. Doch diese Feststellung ist dennoch nur das Aussprechen einer halben Wahrheit. Die ganze Wahrheit aussprechen, heißt aber gleichzeitig einen Blick auf die politische Entwicklung der letzten Jahre werfen und erkennen:

Zu den Wegbereitern der Faschistenparade am 8. Mai gehört nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften! Die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisationen haben durch ihre Politik der Rettung des Kapitalismus vor der revolutionären Front erst die Bedingungen geschaffen, unter denen sich der Faschismus ungehindert entfalten konnte. Sie haben die Arbeiterklasse vor den Wegen des kapitalistischen „Wieder-aufbaus“ gesperrt und jeden Versuch, die Parole des Sozialismus in die Tat umzusetzen, durch die Noske-Horden brutal unterdrückt. Anstelle des revolutionären Klassenkampfes zum Sturz des Kapitalismus proklamierten die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Organisationen die Arbeitseigenenschaft mit der Bourgeoisie, den Burgfrieden des Proletariats gegenüber seinem Klassenfeind, die Kapitulation vor dem Götzen der formalen Demokratie. Die achtjährige Nachkriegskrisis der SPD und Gewerkschaften, d. h. ihr organisierter Klassenverrat am Proletariat, hat gerade den Boden geschaffen, auf dem jetzt der Stahlhelm marschieren kann. Das Hakenkreuzbandentum, die in ihrem Inhalt immer faschistischer (Schlichtungs-diktatur, Streikverbot) werdende schwarzrote Republik, — die wirtschaftliche und politische Offensive der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterschaft ist nur die natürliche Reaktion, die zwangsläufige Folge jener sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Politik, welche die proletarischen Klasseninteressen täglich auf dem Altar der formalen Demokratie, d. h. auf dem Altar des modernen Kapitalismus opferte. Ohne den Noske-Horden bruta- lisierte sozialdemokratischen Schacher um Ministeressel, ohne die wirtschaftsfeindliche Gewerkschaftspolitik — ohne diese systematische Wehrlosmachung der Proletariatsmassen durch die reformistische Illusionspolitik gäbe es einfach keinen Stahlhelmtag am 8. Mai.

Aber nicht nur die Noske-Partei, nicht nur die Amsterdamer Gewerkschaftsbesitzer — auch die KPD, gehört mit zu den Wegbereitern des Faschistenaufmarsches! Die KPD treibt mit radikalen Phrasen die Arbeiter auf denselben Weg der parlamentarischen Illusionspolitik, der entweder im kleinbürgerlichen Sumpf endet oder das Proletariat in eine blindläufige Masse in die Arme der liebhabigen Kontrovervolution führt. Die KPD betätigt sich als dienstfertiger Hausknecht der Amsterdamer Orchestrapolitiker und peitscht dadurch die Arbeitermassen in die politische Gefangenenschaft der gewerkschaftlichen Burgfriedenspolitik. Der Faschisten-bourgeoisie und ihren sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen

### Der Gewerkschafts-Bankrott

Der Reichsarbeitsminister hat am 29. April die für den Bereich vorliegenden Schiedssprüche in der Lohn- und Arbeitszeitfrage für verbindlich erklärt. Danach wird der Lohn an der Ruhr um 4 bzw. 6 Proz. erhöht, die Schichtzeit im Kali- und Braunkohlenbergbau von 10½ und 11 Stunden auf ein weiteres Jahr verlängert.

Die am Tarifvertrag für den Kalivertrag beteiligten Gewerkschaftsorganisationen richten an die Belegschaften folgenden Aufruf: „An die Kalivarbeiter! Kameraden! Auf Antrag des Arbeitseigenenverbandes ist der Arbeitszeitbescheid für verbindlich erklärt worden. Die Gewerkschaften haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die in dem Zwangsvertrag festgesetzte Arbeitszeit für sie zu lang halten. Der Schiedsspruch räumt zwar mit der menschenwürdigen zwölfstündigen Schicht auf, er kann jedoch die Arbeiter nicht befriedigen. Es muß das Bestreben aller Kalivarbeiter sein, jetzt alle Kräfte in den Organisationen zu sammeln zum Zweck einer weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen.“

Der Schiedsspruch ist Zwangsvertrag geworden. Die Gewerkschaften sind gezwungen, ihn einzuhalten, falls sie sich nicht entschädigungspflichtig machen wollen. Kameraden! Mehr denn je gebietet uns die Stunde die Einhaltung strenger Disziplin. Befolgt nur die Anweisungen der Organisationsleitung! Diese werden in einer am 8. Mai stattfindenden Reichskonferenz zu der gegenwärtigen Gesamtlage im Kaliberbau Stellung nehmen.“

Ein ähnlich lautender Aufruf erging an die Arbeiter-schaft des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues. („Vorwärts“ vom 30. April 1927).

Die Schlichtungs-diktatur, diese Sklavenpeitsche der „Wirtschaftsdemokratie“, treibt die „bewährten“ Gewerkschaften zu immer offenerer Selbstenttarnung vor dem Proletariat. Vor wemigen Tagen erst noch gab der AöGB, in einem Aufruf die Parole heraus: „Arbeiter, lehnt fort ab die Ueberzeitarbeit aus eigenem Entschluß ab!“; Größmäher rief von der Reichstagstribüne den Proletariats zu: „Helft euch selbst“ und appellierte sogar an die Faust der Arbeiterschaft — und heute enthüllen die Gewerkschaftsböden selbst ihre Anforderungen als elendes demagogisches Gebrüll. Im parlamentarischen Froschmäusekrieg um das Arbeitszeitverlängerungs-gesetz behärdeten sich die Größmäher als Radikalitäts-kommissar vor der Masse ihrer Anhänger als „Kämpfer für den Achtstundentag“ zu erscheinen — aber in der rauhen Praxis des kapitalistischen Alltags entpuppen sich die Amsterdamer Helden als die zahlmesten und ungefährllichsten Schöbühndchen der Welt. Der Reichsarbeits-lohnsminister braucht nur seine Unterschrift unter einen Schiedsspruch setzen und die gewerkschaftlichen „Arbeiterführer“ stehen sofort stramm, die Hände an der Hosennaht. Die Amsterdamer „Klassenkämpfer“ machen sich eher in die Hosen, als daß sie gegen den Stachel der kapitalistischen Gesetzlichkeit angehen.

Doch die Arbeiter müssen schon begreifen, daß „ihre“ Gewerkschaften gar nicht anders handeln können. Wie- stischen Schlichter und damit die fällige Abweisung der Be-zugung durch die gewerkschaftlichen Tarifkontrahenten zu lange ausbleibt. Bürgerliche Klassenjustiz, dieses Mädelchen für alles, gegen streikende Proletariat, das ist die neueste Errungenschaft der formalen Demokratie. Die Aktion des Hamburger Landgerichts ist ein Vorspiel für jene kapitalistische Versklavungspraxis, die im englischen Antistreibgesetz ihren konkreten Ausdruck findet. Das Proletariat kann diese neuen Schläge nur parieren, wenn es im Gesamtproletat seines notwendigen revolutionären Klassenkampfes der Bourgeoisie machtvoll in den Arm fällt.

### Streikverbot in Hamburg

Die Justiz der Demokratie stößt vor.

In Groß-Hamburg streiken seit einigen Tagen zirka 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbetriebe um Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne. Die Gewerkschaftsinstanzen mühten den Streik sanktionieren, da ein verbindlich erklärter Schiedsspruch noch nicht vorliegt. Den Textilbaronen der Stern-Wollspinnerei arbeitet die Schlichtungsmaschine anscheinend zu langsam, denn sie haben die bürgerlichen Klassenrichter um Unterstützung ihrer Hanzeroffensive angehen. Das Landgericht Hamburg gab auch dem Antrage der Unternehmer statt und fällte am 29. April folgenden Beschluß:

„Durch einstweilige Verfügung wird den Antragseignern, dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Hamburg u. Umz., verboten, den bei den Firmen der Stern-Wollspinnerei Bahrendorf, Hamburger Wollkämmerei G.m.b.H., Wilhelmshafen, Bismohl u. Rodatz, Hamburg, eingehenden Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen, es sei durch Anweisungen an die Streikleitung oder durch Unterbreitung von Streikpostenstellen oder durch Gewährung von Streikunterstützung an Mitglieder oder durch irgendwelche anderen Mittel, und zwar bei einer vom Gericht für den einzelnen Fall der Zweifelhanderhandlung festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe.“

Dieser Ukas ist symptomatisch dafür, wie scharf der Klassencharakter der demokratischen Justiz bereits ausgeprägt ist. Die Bourgeoisie, die wirtschaftlich nicht aus der Bedrängnis herauskommt, ist nicht zuletzt durch die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Nadelstichpolitik politisch so gefestigt, daß sie sich die tollsten Justizstreiche gegenüber der Arbeiterschaft erlauben kann. Mit Streikverboten sollen rebellierender Ungehorsam nicht gemacht werden, wenn das Diktat der kapitalistischen Klassen und damit die fällige Abweisung der Bezugung durch die gewerkschaftlichen Tarifkontrahenten zu lange ausbleibt. Bürgerliche Klassenjustiz, dieses Mädelchen für alles, gegen streikende Proletariat, das ist die neueste Errungenschaft der formalen Demokratie. Die Aktion des Hamburger Landgerichts ist ein Vorspiel für jene kapitalistische Versklavungspraxis, die im englischen Antistreibgesetz ihren konkreten Ausdruck findet. Das Proletariat kann diese neuen Schläge nur parieren, wenn es im Gesamtproletat seines notwendigen revolutionären Klassenkampfes der Bourgeoisie machtvoll in den Arm fällt.

### Mitteilungen

An die Ortsgruppen.

Wir ersuchen um sofortige Bestellung des „Erwerbslosen“, Nr. 6, zwecks pünktlicher Zustellung.

Nürnberg. Jeden Dienstag, abends 8½ Uhr Diskussionsabend „Gambirius“. Austr. 102 (Gostenhof). Sympathisierende sind eingeladen. Zeitungssabake, Abonnementnahme und Aufnahme von Mitglieder findet dortselbst statt.

Groß-Berlin. Wochenbeiräte. In der 17. Woche (24. bis 30. April 1927) betragen die Beiträge 80 Pf., 1.— Mk. und 1,30 Mk. Arbeitslose 10 Pf.

Kassenevision am Donnerstag, den 5. Mai, abends 6 Uhr an befanter Stelle.

Nachruf. Am 22. April 1927 verstarb der Genosse Paul Schönbauer. Wie verliere ich einen der besten Kampfgesossen. Er bis zuletzt seine Pflicht im Dienste des revolutionären Klassenkampfes erfüllt hat. Ortsgruppe Nowawes. Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin. Druck: Druckerei I. Arbeiterliteratur, W. Isdonat, Berlin.

zeitig in die Entwicklung zu einer gesellschaftlich selbständigen Klasse gestoben würden, dies sah von den russischen Bolschewisten keiner früher als Lenin, der schon 1919 dem 8. Parteitag der KPR. zurief: „Kommandiert ja nicht den Bauern!“ Lenin erinnerte damit seine siegestrunkenen Genossen nur an die marxistische Binsenwahrheit: daß die Klassenverhältnisse eines Landes maßgebend sind für die Richtung seiner Staatspolitik und daß demzufolge die Bolschewiki sich nur als Regierungspartei behaupten können, wenn sie den Willen der russischen Bauern respektieren, deren Kerntruppen durch die Oktoberrevolution als ein bewußt handelnder Faktor auf die gesellschaftliche Bühne gestellt worden sind.

„Kommandiert nicht den Bauern“, ist das geschichtliche Menetekel für die russischen Bolschewisten. Nicht etwa des- wegen, weil eine proletarische Minderheit nicht auch über eine gewisse Bauernmehrheit die revolutionäre Diktatur ausüben könnte, sondern weil auch die russischen Klassenverhältnisse nur der konkrete Ausdruck ganz bestimmter Produktionsverhältnisse sind. Und worin bestehen diese in den riesigen Agrargebieten Rußlands? Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß der ehemalige russische Feudalbesitz nicht in proletarisches Gemeineigentum übergegangen ist, sondern in un- zählige Stücke aufgeteilt wurde. Aus dieser ökonomischen Situation mußten für die russische Oktoberrevolution früher oder später unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen, trotz aller politischen Vorteile, welche die Bolschewiki zur Zeit des Kriegskommunismus über die weißen Banden errangen.

Die Krise — deren Triebkräfte vor allem in den nicht genügend entwickelten materiellen Existenzbedingungen ruhen — konnte nur durch den Zusammenbruch der russischen Revolution mit ihren sozialistischen Aufgaben rastendsten auf internationale Kampf gestellt wurde. Dieser Versuch scheiterte aber infolge der revolutionären Schwäche der internationalen und besonders des deutschen Proletariats, und die Krise war unvermeidlich. Als im Sommer 1921 offenkundig war, daß das Schnecken-tempo der Weltrevolution nicht mehr in der Lage war, die russische Oktoberrevolution zu unterstützen, stand die russische Oktoberrevolution vor der unausweichlichen Alternative: Entweder im revolutionären Kampfe gegen die übermächtige kapitalistische Umklammerung und die Ungleichheit der historischen Situation im eigenen Lande nötigenfalls poli-

tisch ehrenvoll unterzugehen — oder von der Gnade und Barmherzigkeit kapitalistischer Mächte ein schimpfliches Scheitern und Trübsen zu führen; entweder in zwölf Stunden die Ehre des internationalen Sozialismus zu retten — oder durch die Flucht in eine den proletarischen Klasseninteressen fremde Opportunistenpolitik die Schande des moralischen Unterzuges auf sich zu laden! In diesem geschichtlichen Dilemma haben die Bolschewiki, um Formel 1 an der Regierung zu bleiben, den Klassen-Inhalt der russischen Proletarier-Erhebung preisgegeben! Denn nichts anderes als eine prinzipielle Abkehr von den Methoden und Zielen der proletarischen Klassenpolitik bedeutete die Liquidierung des Kriegskommunistischen Systems durch Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, der NEP. Selbst Lenin war sich — im Gegensatz zu seinen stalinistischen Nachbarn — über diesen „tippolletari- schen Charakter der NEP,“ durchaus im klaren. Er sagte damals: „Die politische Lage im Frühjahr 1921 zeigt uns, daß es unvermeidlich ist, uns in einer Reihe wirtschaftlicher Fragen gegen die Interessen der Arbeiterklasse aufzugeben.“ In die Stellen des Staatskapitalismus wurde das Ueber-gangs-zur NEP, besteht gerade darin, daß wir, nach den schwersten Verhältnissen, vor die klare Situation gestellt werden: kein unmittelbarer sozialistischer Aufbau, sondern Rückzug in einer ganzen Reihe von Wirtschaftssphären zum Staatskapitalismus. Ein Zusammenschluß der Kleinproduktion, das Kapital fällt die Kleinproduktion zusammen, das Kapital erwächst aus der Kleinproduktion. Darüber muß man sich die Augen schließen. Freilich, die Freiheit der Handels bedeutet das Wachstum des Kapitalismus. . . . wenn Kleinwirtschaft besteht, wenn die Freiheit des Ausstaus besteht, dann entsteht der Kapitalismus. . . . Und in der letzten Zeit mehr als in der- selben, wir haben noch kein so zitiertes 11518 ches Fra- gament. Jene Kommunisten, die sich das Gegenteil einbildeten, begehen einen großen Fehler.“ (siehe „Inprekorr.“ 1926, Nr. 13, S. 156). (Fortsetzung folgt.)

### Stabilisierung des Elends

Stagnierende Arbeitslosigkeit in Berlin.

Bei den Berliner Arbeitsnachweisen waren nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamts am 23. April 226.546 Personen eingetragen, gegen 227.382 der Vorwoche. Darunter befinden sich 149.779 (150.037) männliche und 76.767 (77.343) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 83.399 (85.813) männlich und 34.531 (35.285) weiblich, insgesamt 117.930 (121.098) Personen. Außerdem wurden noch 35.735 (36.082) Personen durch die Erwerbslosenämter in diesem Monat beschäftigt. In der Vorwoche waren durch die Krisenförderer unterstützt, bei Notstandsarbeiten wurden 6646 (7206) Personen beschäftigt.

Ziffermäßig ist danach die Arbeitslosigkeit um 836 Personen zurückgegangen und zwar um 258 männliche und 578 weibliche. Damit ist die bisher sinkende Arbeitslosenziffer in Berlin wieder zum Stillstand gekommen. In der Vorwoche sank die Berliner Erwerbslosenziffer noch um rund 2500 gegen 8000 — 11.000 während mehrerer Wochen vorher. Die Stagnation am Arbeitsmarkt zur Zeit, wo die Landwirtschaft steigende Bedarfs an Arbeitskräften hat, das Bauwesen ziemlich beschäftigt ist und die Bekleidungsindustrie immerhin Saison haben, kann nur als eine Zuspitzung der Krise gewertet werden.

Der Kurs, den die „Fürsorge“ jetzt steuert, wird illustriert durch die Unterstützungsämter. Die Erwerbslosenfürsorge unterstützte 2414 weniger als in der Vorwoche und die Erwerbslosenhilfe 347, zusammen also 2761; davon kommen 274 weniger Unterstützung als in der Vorwoche. In Arbeit kamen 836. Mitfin wurden 1451 Erwerbslosen die Unterstützung entzogen. — Das ist das „neue System“, das Sozialdemokratie und Gewerkschaften so krampfhaft verteidigen.

Leistungssteigerung und Förderrückgang im Bergbau.

Die jetzige Stagnation am Arbeitsmarkt bei 2 Millionen Arbeitslosen im Reich und enorm gesteigerter Produktion im letzten Jahre spiegelt deutlich die Fortschritte der Rationalisierungs- und Leistungssteigerung wieder. Dies kommt schärfst zum Ausdruck in dem Jahresbericht des Vereins für Bergbauische Interessen. Die Zechnenmagnaten haben infolge des organisierten Streikbruchs der Gewerkschaften während des englischen Bergarbeiterstreiks im abgelaufenen Jahre enorme Profite eingesammelt. Die Kohlenförderung betrug im rheinisch-westfälischen Bergbau im Dezember 1926 2,29 Millionen Tonnen, oder 27,23 Prozent mehr als im Januar desselben Jahres, die Arbeitsleistung aber war nur um 22.000 oder um 5,76 Prozent gestiegen. Die Leistungssteigerung betrug also — bei relativ geringen Löhnen! — mehr als 20 Prozent.

Gegenwärtig sinkt die Kohlenförderung im Ruhrgebiet, sowohl wie in Oberschlesien. Das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat beabsichtigt die Einschränkungquote der Verkaufsbeteiligung, die bisher 15 Prozent betrug, auf 40 Prozent zu erhöhen. Das entspricht einer viel größeren Einschränkung als es die Förderung beträchtlich, während die Haldebestände, die schon vollständig geräumt waren, wieder auf reichlich 150.000 Tonnen gestiegen sind. Ob schon Arbeiterentlassungen vorgenommen sind, wird nicht bekannt gegeben. Jedenfalls aber stehen bei sinkendem Bedarf und steigenden Haldebeständen Arbeiterentlassungen bevor. Das Zeichen-kapital ist schlaug genug, sich Vorräte anzusammeln und die als Druckmittel für Lohnabbau und verstärkte Auspönerung gegen die Arbeiter einzusetzen.

Rückgang des Güterverkehrs.

Für eine Verschlechterung der Wirtschaftslage spricht auch der Rückgang des Güterverkehrs. Während die Wagen-gestellung in der Woche vom 20.—26. März noch 874.000 betrug, sank sie in der darauffolgenden Woche auf 873.000 und in der mit dem 9. April endenden Woche auf 858.000. Schon im März war der Anteil der Kohlenförderung bei der Reichsbahn um 5,6 Prozent zurückgegangen, im April hat der Kohlenverkehr weiter nachgelassen.

Arbeiter — die sich selbst ausbeuten!

Der „Vorwärts“ vom Sonntag, den 24. April berichtet freudstrahlend über die Produktionssteigerung der Lindert-Gesellschaft, einer Fahrradfabrik, deren überwiegender Aktien-mehrheit in die Hand von Organen der organisierten Arbeiterschaft übergegangen ist. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der AöGB sich nicht mehr auf die Ausbeutung der Dummheit der Arbeiter beschränkt, sondern jetzt auch aus deren Köpfen mehr als bisher Profit schindet.

Laut Bilanz für 1926 hat sich der Umsatz von 9500 Stück im Jahre 1925 auf 14.500 Stück, oder um rund 35 Prozent er-

höht. Der Erlös dagegen stieg von 0,98 auf 1,80 Millionen Mark, oder um 100 Prozent. Der AöGB hat demnach durch die Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung „seiner“ Lohn-sklaven fast 2 Millionen Mark verdient. Die Belegschaft stieg nämlich nur von 110 auf 145 Arbeiter und die Belegschaft um weniger als ein Prozent. Die AöGB, rationalisiert wie sein großer Herr Kapitalismus.

Steigende Arbeitslosigkeit in England.

Die Zahl der amtlich unterstützten Arbeitslosen in England betrug am 11. April 1.078.304, das sind 17.865 gegen die Vorwoche und 53.911 mehr als in der gleichen Zeit des Vor-jahres. Im Vorjahre sank Mitte April die Arbeitslosenziffer in England ganz beträchtlich, infolge der in diesem Jahre trotz der steigenden Kohlenförderung und der um diese Zeit ein-setzenden Arbeiten der Landwirtschaft und im Bauwesen stieg, so zeigt das deutlich, daß die englische Industrie in der Rationalisierung Fortschritte macht.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Mitte April wurden in Oesterreich insgesamt 190.981 unter-stützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung am 31. März 1927 ergibt sich eine Abnahme um 17.865 gegen den Höchststand vom 28. Februar 1927 (244.207 unter-stützte Arbeitslose) eine Abnahme um 53.286 Personen. Die Abnahme der Arbeitslosenziffer ist recht geringfügig zu nennen, wenn man bedenkt, daß Oesterreich fast aus-schließlich Agrarstaat ist.

Die Arbeitslosigkeit in Bulgarien.

Gegen Ende vorigen Jahres gab es in Bulgarien etwa 120.000 Arbeitslose, wovon 60.000 auf die Landwirtschaft, 42.175 auf die Industrie und 17.865 auf den Handel entfielen. Trotz Beginn der Frühjahrs-saison in der Landwirtschaft, die den bulgarischen landwirt-schaftlichen Arbeitern auch im Auslande, insbesondere in Argentinien, Rumänien, Griechenland und Polen, Arbeits-möglichkeiten (Wanderarbeiten), hat sich die Lage am Arbeits-markt nur ganz unwesentlich verbessert.

Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne in Amerika.

Das Organ des amerikanischen Schneiderverbandes, der Amalgamates Clothing Workers, „Advance“, hat in einem kürzlichen Bericht über die Lage im Bekleidungs-gewerbe. Die Preise der Kleidungsstücke sind in jeder Saison gefallen und gehen noch mehr zurück. Während es im Jahre 1926 für den Handel mit Kleidungsstücken eine An-gebot für 35 Dollar abzusetzen. Das zeigt von einem starken Nachlassen der Kaufkraft der Arbeiterklasse. Im Schneider-gewerbe herrscht eine ziemlich große Arbeitslosigkeit. Der „Advance“ teilt noch mit, daß in anderen Industrien die Ar-beitsbedingungen gründlich verschlechtert worden sind. Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (Berlin) des Dr. Paul Levi veröffentlichte am 22. April 1927 den Brief eines kürzlich nach Amerika (Illinois) ausgewanderten deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers, der über die amerika-nischen Arbeitsverhältnisse das folgende Urteil fällt: „Der „Advance“ teilt noch mit, daß in anderen Industrien die Ar-beitsbedingungen gründlich verschlechtert worden sind. Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (Berlin) des Dr. Paul Levi veröffentlichte am 22. April 1927 den Brief eines kürzlich nach Amerika (Illinois) ausgewanderten deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers, der über die amerika-nischen Arbeitsverhältnisse das folgende Urteil fällt: „Der

„Die Arbeitslosigkeit ist wohl ebenso groß wie in Deutschland. In meiner kurzen Anwesenheit habe ich Leute angetroffen, die förmlich um Arbeit betteln. Am 20. April (Abendpost) vom 30. 3. 27 bet. (Ein Bauarbeiter, Vater von 4 Kindern, war im November von der Firma entlassen und auf das Frühjahr vertrieben worden. Er hat keine Wiedererstellung. Als sie ihm abgeschlagen wurde, er-schob er zwei Angestellte der Firma und wurde von den ihm verfolgenden Polizei-schreibern dann noch, daß die Verhält-nisse so ganz anders sind, als sie von den deutschen Gewerkschafts-führern geschildert werden. Z. B.: „Diesen Leuten wäre es gewiß angenehm, wenn auch die amerikanischen Gewerkschaften in Deutschland zur Einleitung käme. Und: amerikanische Unternehmer versteht es ebenso gut wie der deutsche, den Arbeiter bis aufs äußerste auszu-pöneren.“ Die deutschen Gewerkschaftsreisenden haben in Dölaria allerdings nur Wolkenkratzer und Autos gesehen.

In der mit dem 9. April endenden Woche ist die Zahl der Frachtwagen-Gestellungen auf den amerikanischen Bahnen von 992.700 auf 959.400 zurückgegangen. In der entsprechen- den Woche des Vorjahres wurden 994.900 Waggons gestellt. Die Abnahme ist in der Hauptsache als eine Folgeerscheinung

des Kohlenstreiks zu betrachten, ferner aber auch auf sinken- den Absatz infolge Marktübersättigung.

### Wirtschaftskrise in Japan

Der junge emporstrebende Kapitalismus Japans mit dem großen nichtmonopolisierten ferrometallischen Absatzmarkt vor der Tür ist von der Weltwirtschaftskrise weniger mitgenommen als die Kapitalisten der alten Welt.

Der japanische Kapitalismus hat seine großen Kriegs-gewinne eingestekt, wurde aber von Revolution und Inflation verschont und heimste goldene Ernten ein, während Europa und zum Teil auch Amerika hartnäckig um die Absatzmärkte stritten und mit ihren Kleinarbeitersloshereen zu kämpfen hatten. Japan drang mehr in China ein als alle anderen kapitalistischen Staaten und eroberte asiatische Absatzmärkte Europas, während dieses mit sich selbst zu tun hatte.

Die Stabilisierung des japanischen Kapitalismus ist aber nur scheinbar wie in Europa. Eine Probe aus Exempel hat dies sofort bestätigt. Die chinesischen Wirren haben auch den japanischen Export in Mitleidenschaft gezogen, wenn auch weit weniger als den der alten kapitalistischen Staaten. Dazu vertriehen noch die beiden großen Erdbeben große Werte. Trotz großzügiger Hilfsaktionen und amerikanischer Kapital-zufuhr ist die japanische Wirtschaft ernstlich erschüttert. Die Geldverhältnisse in Japan haben sich so zuspitzigt, daß die Banken jetzt ihre Kredite wesentlich einschränken mußten. Dadurch geriet zuerst eine der größten japanischen Unter-nehmen, die Firma Suzuki, in Schwierigkeiten und stellte die Zahlungen ein und jetzt die Formosa-Bank, die größte Kreditgeberin der Firma Suzuki. Die Formosa-Bank die an Suzuki 600 Millionen Mark ausliehen hatte, hat ihre Schalter geschlossen. Ihre Schulden betragen 1,8 Milliarden Mark. Ein Großindustrieller, der die Lenin wie die Formosa-Bank geschuldet, hat Selbstmord verübt. — Durch diese Ereignisse sind auch die Kabinettsschwierigkeiten eingetreten: es ist jetzt ein neues Kabinett gebildet worden, doch auch die japanische Wirt. Yen, hat dadurch einen heftigen Rückgang erlitten müssen. Er stand bereits in New York auf 56 Cents, das ist nahe der Goldparität, und ist am 1. April auf 48 Cents herabgesunken. Die Berliner Notierung für Yen wurde von 2,06 auf 2,00 Mark herabgesetzt.

Der Zusammenbruch des Suzuki-Konzerns ertregt in der ganzen kapitalistischen Welt großes Aufsehen. Suzuki war Eigentümerin von Schiffen, Schiffswerften, Stahlwerke, Zucker- und Alkohol-Raffinerien, Mühlen, Baumwollspinn-reien, Zellulose- und Gummi-Fabriken, Brauereien, Banken und Versicherungsgesellschaften. Der Handel mit dem japanischen Geld zum großen Teil in ihrer Hand, und in Kämpfer hatte sie geradezu das Weltmonopol. Die Firma Suzuki verlor etwa 70 Tochterunternehmen: sie besitzt umfangreiche An-lagen in fast allen europäischen Hauptstädten.

Für die Formosa-Bank hat die Regierung 100 Millionen (türkische) Pfund Sützung zugesagt, doch genügt das nicht, um den Betrieb wieder aufzunehmen. Eine Anzahl anderer Banken sind in den Strudel gerissen. Die Jugo-Bank ist mit 300 Millionen Yen faillit; ebenso eine ganze Anzahl kleinerer Banken. In dem Sparspar- und Handelspublikum herrscht Panik, deshalb hat die Regierung die Schließung sämtlicher Banken an-geordnet hat. Amerikanische Finanzhorden sind dem Schlichter, Dollars wird wieder den Ramsch billig aufkauft, und werden nicht mehr in die Türkei abgedrosselt und so der Türkei „helfen“, indem es den Arbeitsertrag der japani-schen Arbeiter und Kleinbauern direkt einhält. Der Zusammenbruch des Suzuki-Konzerns, eines japanischen Siam war nur der Anfang der japanischen Wirtschaftskrise.

So mancher europäische und amerikanische Konzern würde gleich Suzuki über den Kopf gehen, wenn die Arbeiter ihre Forderungen, genannt Gewerkschaftsdisziplin heraus-suchen würden und dem Kapital Schwierigkeiten bereiten. Die „Stabilität“ des Kapitals beruht ausschließlich auf der Laubheit der Proletariat. Die kapitalistische Feste ist heu-ter nur zum Sturm dem je.

Auch in der Türkei kriselt es.

Die Hauptkraft des Proletariats ist in der ganzen Welt gleich geschwächt. Dem polnischen Konsortium, das in der Türkei das Alkoholmonopol gepachtet hatte, ist die Erlaubnis zur nicht nachkommen konnte, die Konzession entzogen worden. Die Regierung hat die Aktiva des Konsortiums so-schlagnamhaft.

Die Monopolpolitik, bei der die Regierung weder Schulden schon des öfteren die Kasse beschlagnahmte, statt zu erheben wiederholt Ausschub und Nachlassen. Die Arbeit-satz aber immer mehr zurückkehrt, hat sie endlich ihre Pleite eingestanden und ihre Pforten geschlossen. Nicht anders als mit dem Alkoholmonopol steht es mit dem Zucker- und mit dem Petroleum- und Benzinmonopol. Die sollen zusammengelegt und weiterbetrieben werden. Durch Entlassungen von Angestellten hofft man, die Konti-soweit zu ermäßigen, daß die Regierung trotzdem noch ein Profit ziehen kann.

Ein weiteres wichtiges Wirtschaftsgebiet der Türkei, die Handel mit Mohr (Angora-Ziegenwolle) ist ebenfalls schwer bedröht. Der Absatz auf dem Inlandmarkt wie nach dem Aus-lande geht stark zurück, weshalb die Preise stark nachgelassen haben. Das hat wieder eine Rückwirkung auf die Kaufkraft und auf die gesamte Wirtschaftslage des Landes.

### Mitteilungen

An die Ortsgruppen.

Wir ersuchen um sofortige Bestellung des „Erwerbslosen“, Nr. 6, zwecks pünktlicher Zustellung.

Nürnberg. Jeden Dienstag, abends 8½ Uhr Diskussionsabend „Gambirius“. Austr. 102 (Gostenhof). Sympathisierende sind eingeladen. Zeitungssabake, Abonnementnahme und Aufnahme von Mitglieder findet dortselbst statt.

Groß-Berlin. Wochenbeiräte. In der 17. Woche (24. bis 30. April 1927) betragen die Beiträge 80 Pf., 1.— Mk. und 1,30 Mk. Arbeitslose 10 Pf.

Kassenevision am Donnerstag, den 5. Mai, abends 6 Uhr an befanter Stelle.

Nachruf. Am 22. April 1927 verstarb der Genosse Paul Schönbauer. Wie verliere ich einen der besten Kampfgesossen. Er bis zuletzt seine Pflicht im Dienste des revolutionären Klassenkampfes erfüllt hat. Ortsgruppe Nowawes. Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin. Druck: Druckerei I. Arbeiterliteratur, W. Isdonat, Berlin.

Trabanten kann die KPD, keine selbständige Politik ent-zekenzsetzen, da sie durch die Komintern an die kapitalisti-schen Interessen NEP-Rußlands gebunden ist. NEP-Rußland will gute Geschäfte mit den deutschen Kapitalisten machen, es strebt ein Bündnis mit Hindenburg-Deutschland an und hat im Verlaufe dieser Bündnispolitik schon vier Jahre lang (von

1922 bis 1926) die Reichswehr mit Munition beliefert und die deutsche Leninistpartei muß auf Befehl der Moskauer Brot-geber zu dieser Bewaffnung der schwarzroten Gegen-revolution Ja und Amen sagen! Die KPD, ist durch diese ihre doppelzüngige Politik voll mitverantwortlich für das jetzige provokatorische Auftreten der Hakenkreuzträger, und